

Pressemitteilung des Grundsschulverbands

Bitte Sperrfrist beachten:

SENDE-Sperrfrist: 31.1.2018, 5.00 Uhr

PRINT-Sperrfrist: frei für die Ausgabe am 01.02.2018

31. Januar 2018

Lehrerbedarfsanalysen offenbaren eine Neuauflage der deutschen Bildungskatastrophe

Scharfe Kritik des Grundsschulverbands an der Lehrerbedarfsplanung der Länder

Kurzfassung

Der Grundsschulverband hat die Befunde der Bertelsmann-Studie „*Lehrkräfte dringend gesucht – Bedarf und Angebot für die Primarstufe*“ mit Entsetzen und Empörung zur Kenntnis genommen.

Die Berechnungen der Bertelsmann-Studie zeigen, dass eine gesicherte Versorgung der Grundschulen mit qualifiziertem Lehrpersonal bis zum Jahr 2026 nicht mehr zu erwarten ist.

Siehe: www.bertelsmann-stiftung.de/lehremangel-grundschule/

Sie dokumentieren ein völliges Versagen der Kultusverwaltungen der Länder bei der Sicherstellung des Lehrbedarfs für die Grundschule.

Die Folgen der Versäumnisse der vergangenen zehn Jahre im Hinblick auf die Sicherstellung einer geordneten Personalsituation an den Schulen werden für die Schülerinnen und Schüler dramatisch sein.

Um die Bevölkerung nicht zu täuschen, werden CDU/CSU und SPD aufgefordert, den für den Koalitionsvertrag der Bundesregierung angedachten Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung der Kinder in der Grundschule **nicht** zu verkünden. Er ist in den kommenden zehn Jahren **nicht** realisierbar.

Die Kultusminister der Länder werden aufgefordert, in ihren Verwaltungen ein seriöses, wissensbasiertes System der Lehrerbedarfsrechnung mit qualifizierten Bevölkerungsstatistikern aufzubauen und von der bisherigen reaktiven Personalpolitik zu einem proaktiven Handeln überzugehen.

Wie die ersten Erfahrungen mit so genannten "Quer-" oder "Seiteinsteigern" ohne fachliche, fachdidaktische und grundschulpädagogische Basisqualifikation zeigen, sind diese bei unbestreitbar hoher Motivation und großem persönlichen Engagement nur selten in der Lage, einen fachlich kompetenten Grundschulunterricht anzubieten.

Seite 1 von 4

Kein Quereinsteiger kann ohne jede Vorbereitung vor eine Klasse gestellt werden und Unterrichtsverantwortung übernehmen. Quereinsteiger brauchen wenigstens einen sechsmonatigen ganztägigen Vorbereitungslehrgang.

Da die Kinder im Grundschulalter am verletzlichsten sind, sollte fehlendes Lehrpersonal in der Grundschule vorrangig durch *abgeordnete Lehrkräfte aus der Sekundarstufe* ersetzt werden.

Die Eingangsstufe der Grundschule muss für Laienpädagogen absolut tabu bleiben.

Langfassung mit weiteren Erläuterungen

Der Grundschulverband hat die Befunde der heute veröffentlichten Bertelsmann-Studie *„Lehrkräfte dringend gesucht – Bedarf und Angebot für die Primarstufe“* mit Entsetzen und Empörung zur Kenntnis genommen. Die Berechnungen von Prof. Klemm und Dr. Zorn erinnern an die deutsche "Bildungskatastrophe" von 1964, aus der die Bildungsverwaltungen der Länder der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick auf eine *vorsorgende Lehrbedarfsplanung* offenkundig bis heute keinerlei Konsequenzen gezogen haben.

Die Berechnungen der Bertelsmann-Studie zeigen, dass eine gesicherte Versorgung der Grundschulen mit qualifiziertem Lehrpersonal bis zum Jahr 2026 nicht mehr zu erwarten ist. Die Bildungsverwaltungen werden auf Jahre genötigt sein, in großer Zahl Laienpädagogen statt qualifizierter Fachkräfte mit dem Unterricht zu betrauen.

Vor diesem Hintergrund ist der derzeit in den Koalitionsgesprächen diskutierte Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung der Kinder in der Grundschule illusionär und stellt von vornherein eine Täuschung der Öffentlichkeit dar, weil das dafür benötigte Fachpersonal unter keinen Umständen zur Verfügung stehen wird. Denn auch der Arbeitsmarkt für Erzieher/innen, die unterrichtsergänzende Bildungsangebote in der Grundschule oder in Schule-Hort-Kombinationen anbieten könnten, ist leer gefegt.

Die Folgen der Versäumnisse der vergangenen zehn Jahre im Hinblick auf die Sicherstellung einer geordneten Personalsituation an den Schulen werden für die Schülerinnen und Schüler dramatisch sein: Die Leistungsschere wird weiter auseinandergehen. Schulerfolg wird verschärft von den finanziellen Nachsorgemöglichkeiten der Eltern abhängig werden und insbesondere für Kinder aus bildungsfernen und/oder sozio-ökonomisch benachteiligten Familien immer weiter erschwert werden. Dies wird auch Folgen für das soziale Miteinander in unserer Gesellschaft haben: die Entsolidarisierungstendenzen in unserer Gesellschaft werden rapide ansteigen und zum weiteren Anwachsen populistischer Strömungen beitragen. Bei den internationalen Leistungsvergleichen wird das deutsche Schulsystem weiter absacken.

Wie die ersten Erfahrungen mit so genannten "Quer-" oder "Seiteinsteigern" ohne fachdidaktische und grundschulpädagogische Basisqualifikation zeigen, sind diese bei unbestreitbar hoher Motivation und großem persönlichen Engagement nur selten in der Lage, einen fachlich kompetenten Unterricht anzubieten, der den heutigen Qualitätsanforderungen an eine hochwertige differenzierende Grundschulbildung genügt. Die Quereinsteiger stehen in aller Regel unter erheblichem Stress und verfügen oftmals nicht einmal über die geringsten inhaltlichen Grundlagen der Fächer, die sie unterrichten. Viele von ihnen sind heillos überfordert.

Da in einigen Bundesländern inzwischen schon Lehrkräfte aus dem Ausland rekrutiert wurden, die nicht einmal die deutsche Hochsprache hinreichend beherrschen, in die sie die Schülerinnen und Schüler aber einführen sollen, sitzen die Kinder oft ratlos im Unterricht und wissen nicht, was von ihnen erwartet wird. Entsprechend rasch eskalieren dann Disziplinprobleme, die das weitere Unterrichten noch mehr erschweren. Was die Gewinnung zusätzlicher Lehrkräfte angeht, unterstützt der Grundschulverband nachhaltig die Empfehlungen, die die Experten Klemm und Zorn in der Bertelsmann-Studie veröffentlicht haben.

Um den Schaden für die Schülerinnen und Schüler möglichst gering zu halten, stellt der Grundschulverband darüber hinaus folgende Forderungen:

- Um die Bevölkerung nicht zu täuschen, werden CDU/CSU und SPD aufgefordert, den für den Koalitionsvertrag der Bundesregierung angedachten **Rechtsanspruch auf eine Ganztagsbetreuung der Kinder in der Grundschule nicht zu verkünden**. Er ist in den kommenden zehn Jahren *nicht* realisierbar.
- Die Kultusminister der Länder werden aufgefordert, in ihren Verwaltungen **ein seriöses, wissenschaftsbasiertes System der Lehrerbedarfsrechnung mit qualifizierten Bevölkerungsstatistikern aufzubauen** und von der bisherigen reaktiven Personalpolitik zu einem proaktiven, die Legislaturperioden auch übergreifenden Handeln überzugehen. Die Personalbedarfsplanung muss in enger Zusammenarbeit mit den Einwohnermeldeämtern und den statistischen Landesämtern systematisiert und auf eine wissenschaftlich belastbare Basis gestellt werden. Weil dazu vermutlich komplexere als die bislang benutzten mathematischen Prognosemodelle benötigt werden, sind die Kultusverwaltungen aufgefordert, zur Entwicklung solcher Modelle unverzüglich **Forschungsaufträge an sachkundige Institute für Bevölkerungsstatistik zu vergeben**.
- Wenn die Statistikämter einen Anstieg der Geburtenzahlen in einem Land oder die Einwohnermeldeämter Wanderungsbewegungen in einzelnen Kommunen vermelden, sind die Kultusverwaltungen gehalten, **noch im selben Jahr die Zahl der Studienplätze für das Grundschulstudium an den landeseigenen Universitäten angemessen zu erhöhen** und die Hochschulen entsprechend auszustatten, damit zukünftig zum Zeitpunkt der Einschulung der Kinder immer hinreichend viele qualifizierte Lehrkräfte zur Verfügung stehen. Dies macht **eine jährliche strategische Anpassung der verfügbaren Studienplätze an die Bevölkerungsentwicklung** erforderlich.
- Da die Kinder im Grundschulalter am verletzlichsten sind, sollte fehlendes Lehrpersonal in der Grundschule **vorrangig durch abgeordnete Lehrkräfte aus der Sekundarstufe** ersetzt werden, weil diese zwar nicht über grundschulspezifische Kenntnisse, aber wenigstens über solide fachdidaktische und pädagogische Basisqualifikationen verfügen. Quereinsteiger sollten dafür vermehrt in der Sekundarstufe I und II eingesetzt werden, weil die Jugendlichen dieser Schulstufen schon über einige Selbstlernkompetenzen verfügen, mit denen sie die mangelnde fachdidaktische Kompetenz der Laienpädagogen wenigstens teilweise kompensieren können.
- Die Schulverwaltungen werden aufgefordert, Menschen, die keinerlei wissenschaftliches Studium in *wenigstens einem* Schulfach vorweisen können, trotz des dramatischen Lehrermangels **NICHT** einzustellen und Unterricht lieber ausfallen zu lassen, als von Laien darzubieten.
- Quereinsteiger, die ein Schulfach studiert haben, sollten vorrangig *nur dieses* Fach und keinesfalls alle möglichen Fächer unterrichten.

- Kein Quereinsteiger kann ohne jede Vorbereitung vor eine Klasse gestellt werden und sofort Unterrichtsverantwortung übernehmen. Sie brauchen wenigstens einen **sechsmonatigen ganztägigen Vorbereitungsgang**, in dem sie mit den Grundlagen didaktischen Handelns und der Systematik der Bildungspläne vertraut gemacht werden. Im Übrigen sollten sie in diesem Vorbereitungskurs intensiv im Unterricht bei anerkannt guten Lehrkräften hospitieren und deren Unterricht mit Mentorinnen und Mentoren systematisch analysieren lernen.
- Für die Quereinsteiger ist an allen lehrerbildenden Hochschulen sofort ein **berufsbegleitendes oder ein berufsvorbereitendes Kompaktstudium** nach dem Vorbild des "Q-Masters" an der Freien Universität Berlin einzuführen (siehe <http://www.fu-berlin.de/sites/k2teach/im-ueberblick/tp4/index.html>), in welchem die Quereinsteiger die fehlende Fakultas in den beiden übrigen Grundschulfächern (zumeist ist das Deutsch und Mathematik) sowie die fehlende fachdidaktische und pädagogische Reflexionskompetenz nachstudieren und binnen vier Jahren zu einem ordentlichen lehramtsbezogenen Universitätsabschluss bringen können. Die Hochschulen sind hierfür sofort mit hinreichenden finanziellen und personellen Ressourcen auszustatten.
- Quereinsteiger sollten *unbefristete* Arbeitsverträge erst *nach* dem Universitätsabschluss, dem bestandenen Referendariat und einer weiteren **zweijährigen Bewährungsfrist** angeboten bekommen.
- Weil für die berufsbegleitende Nachqualifizierung der Lehrkräfte hinreichend Lernzeit zur Verfügung stehen muss, dürfen Quereinsteiger **keinesfalls mit mehr als 15 Wochenstunden Unterricht** beauftragt werden.
- Da die Schulleitungen in den kommenden Jahren einen erheblichen Zeitaufwand zur Rekrutierung und Betreuung der Quereinsteiger sowie zur Bewältigung der aus der Beschäftigung von unqualifizierten Lehrkräften resultierenden Konflikte benötigen werden, **müssen alle Grundschulen sofort mit zusätzlichem Verwaltungspersonal (Assistent/inn/en der Schulleitung) ausgestattet werden**, die den Schulleitungen rein administrative Aufgaben weitgehend abnehmen können.
- In den Klassen eins und zwei werden die Grundlagen für den späteren Erfolg oder Misserfolg in der Schule gelegt. Misslungene Alphabetisierung ist der "worst case" in der Schullaufbahn und auf höheren Jahrgangsstufen kaum mehr zu korrigieren. Die Einführung in die Schriftkultur sowie in die Grundlagen mathematischen Denkens ist so sehr altersspezifisch besonders, dass sie in keinem Fall durch Quereinsteiger erfolgen kann. Der Grundschulverband fordert daher die Schulleitungen auf, **Quereinsteiger unter keinen Umständen im ersten und zweiten Schuljahr einzusetzen**. Die Eingangsstufe der Grundschule muss für Laienpädagogen absolut tabu bleiben.

Frankfurt am Main, 31.01.2018

V.i.S.d.P. Nicole Lustig

Auskünfte erteilen:

Prof. Dr. Jörg Ramseger, Fachreferent für Qualitätsentwicklung im Grundschulverband e. V.,
joerg.ramseger@grundschulverband.de, Tel.: 0175 596 1717

Maresi Lassek, Vorsitzende des Grundschulverbands e.V., Maresi.Lassek@grundschulverband.de